

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 47 (1967-1968)
Heft: 4

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

KRISE IM NAHEN OSTEN

In den Morgenstunden des 5. Juni haben israelische Truppen die Grenze gegen Ägypten überschritten. Sie antworteten damit auf die Drohung der arabischen Staaten, die unverhüllt die Auslöschung des Staates Israel angekündigt und ihre Entschlossenheit durch einen massiven Aufmarsch rund um Israel unterstrichen hatten. Die Frage, wer den ersten Schuß tat, erübrigts sich — es genügt, die Tiraden des Hasses nachzulesen, mit denen die arabischen Führer, an ihrer Spitze Präsident *Nasser* und der Chef der «Palästiniensischen Befreiungsorganisation», *Schukeiri*, in den Wochen vor Kriegsausbruch die Stimmung ihrer Anhänger angeheizt und eine eigentliche Kriegspsychose erzeugt hatten. Wer so ins Feuer bläst, muß damit rechnen, daß der Brand aufs eigene Haus übergreift.

Innerarabische Zwistigkeiten

Es gibt kaum einen Zweifel, daß dieser neue Krieg zwischen Arabern und Israeli von arabischer Seite bewußt provoziert worden ist. Er war aus dieser Sicht ein Produkt jener innerarabischen Spannungen und Differenzen, die in den vergangenen Jahren immer stärker die Politik im Nahen Osten beherrscht und der Welt eindrücklich demonstriert hatten, welch geringer Realitätswert der Fama vom geschlossenen arabischen Block beizumessen war. Vor allem das *syrische Baath-Regime* suchte seine schwache innere Position durch verstärkte Aktivität gegenüber Israel aufzutragen. Seit dem Umsturz vom Februar 1966 in Damaskus häuften sich die *terroristischen Aktionen* auf israelischem Gebiet, die eindeutig von Syrien ferngesteuert wurden. Israel hat in den vergangenen Monaten zweimal mit harten Vergeltungsschlägen auf die syrischen Übergriffe geantwortet: das erste Mal im November 1966, als es auf jordanischem Boden einen

Stützpunkt der antiisraelischen subversiven Kräfte aushob, das zweite Mal im April 1967, als syrische Artilleriestellungen am Ufer des Sees Genezareth zerstört und mehrere syrische Flugzeuge sowjetischer Provenienz abgeschossen wurden.

Die Niederlagen, die Israel den Syriern bei diesen Aktionen beibrachte, veranlaßten Damaskus, Nasser um Hilfe anzugehen. Auch König *Hussein*, selber ein beliebtes Angriffsziel der pronasseristischen Araber, konnte seine Passivität damit entschuldigen, daß er auf Nassers eigene Untätigkeit Israel gegenüber hinwies, das — dank der Rückendeckung, die ihm Nasser dadurch gewährte, daß er die Friedensstreitmacht der Vereinigten Nationen an der ägyptisch-israelischen Grenze beließ — freie Hand gegenüber seinen schwächeren Nachbarn Jordanien und Syrien hätte. Nasser boten diese offenen und versteckten Vorwürfe der befreundeten Syrier und der befeindeten Jordanier Anlaß zu einem *Kraftakt*, mit dem er seine Stellung als unbestrittener Führer der arabischen Nation zurückzugewinnen hoffte. Für Nasser war es kein leichter Entschluß. Seine innenpolitische Position war keineswegs gefestigt, und gegen außen war er seit über vier Jahren in den kräfteverzehrenden *Krieg in Jemen* verwickelt, dessen Ende nicht abzusehen und der eine drastische Widerlegung aller Bekenntnisse gegenseitiger arabischer Treue und Brüderlichkeit ist. Immerhin bot sich ihm mit der Wendung gegen Israel die Chance, von diesen Schwierigkeiten abzulenken und innerhalb der arabischen Welt neues Prestige zu gewinnen. So entschloß sich Nasser nach anfänglichem Zögern, den Sprung ins Abenteuer zu wagen.

Kurzfristiger Triumph

Die Entwicklung verlief für Nasser zunächst günstiger, als er hatte erwarten

dürfen. Mitte Mai forderte er den Abzug der UNO-Truppen aus Ägypten. U Thant reagierte mit beflissener und überstürzter Eile und sagte dem ägyptischen Präsidenten den Rückzug sofort zu. Selbst wenn dieser Entscheid juristisch unanfechtbar sein sollte — worüber keine eindeutige Klarheit besteht —, so wirkte er sich doch auf den weiteren Gang der Ereignisse fatal aus und hat zur Verschärfung der Krise im Nahen Osten beigetragen. Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß es politisch weiser gewesen wäre, in einer sich zusätzenden Situation, die auf eine militärische Konfrontation zutrieb, die «Peacekeeping Forces» zunächst in ihrer Pufferstellung zwischen den streitenden Parteien zu belassen und in Gespräche über ihren Abzug einzutreten. Jedenfalls brachen mit der Ankündigung ihres Verschwindens auf arabischer Seite alle Dämme menschlicher und politischer Vernunft. Nasser gebärdete sich als der große Triumphator, der dank seiner diplomatischen Geschicklichkeit und seiner militärischen Stärke die fremden Truppen aus dem Lande manövriert und so die uneingeschränkte Souveränität über sein Gebiet wiederhergestellt habe. Die übrigen arabischen Führer, allen voran König Hussein, bemühten sich um die Gunst des vermeintlichen Siegers. Der jordanische Herrscher flog nach Kairo und tauschte mit dem Mann den Bruderkuß aus, der in der Vergangenheit nicht müde geworden war, unablässig seinen Kopf zu fordern. Der ägyptisch-jordanische Pakt vom 30. Mai, dem sich in den folgenden Tagen auch andere arabische Staaten anschlossen, vollendete die Einkreisung Israels, dem sich nun nur noch die Alternative des Kampfes bot, wollte es nicht dem eigenen Untergang tatenlos zusehen.

Die Blockade des Golfs von Akaba

Im Rausch seines Erfolges hatte Nasser noch einen weiteren Schritt getan, von dem er wußte, daß er mit größter Wahrschein-

lichkeit den Krieg auslösen würde: er hatte die Festung von *Scharm el-Scheikh* am Eingang des Golfes von Akaba wieder besetzen lassen und die Blockade der Schiffahrt nach *Eilat* angekündigt, Israels einzigen Rotmeerhafen, über den der größte Teil der israelischen Erdölimporte ins Land gelangt. Es war ein gewagtes Hasardspiel. Aber Nasser vertraute offensichtlich darauf, die Israeli würden vor dem letzten entscheidenden Schritt zur Selbstverteidigung zurückgeschrecken, oder er hoffte auf ausländische Intervention zu seinen Gunsten. Vielleicht wird man auch nicht ausschließen dürfen, daß er über die Stärke der ihm zur Verfügung stehenden Streitkräfte falsche Vorstellungen hatte — ein Beweis mehr, auf welch irrealen Voraussetzungen im Nahen Osten Politik der Stärke betrieben wird.

Der Krieg

Der Verlauf der kriegerischen Aktionen, die am 5. Juni begannen, hat jedenfalls Nasser und die Welt rasch über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse aufgeklärt. Die Israeli vertrieben nicht nur innerhalb weniger Tage die ägyptischen Truppen aus der ganzen Sinai-Halbinsel und besetzten das Ostufer des Suezkanals und *Scharm el-Scheikh*, sie eroberten auch das ganze, seit 1949 zu Jordanien gehörende Westjordanland, drangen tief nach Syrien ein und zerstörten praktisch die gesamte Luftstreitkraft der angrenzenden arabischen Staaten. Als nach sechs Tagen Kampf an allen Fronten die Waffen schwiegen, hatten die Israeli alle ihre *strategisch wichtigen Ziele erreicht*. Die ägyptische Armee war Hunderte von Kilometern weit zurückgeworfen, die Blockade von *Eilat* gebrochen, der jordanische Druck auf die «Wespentaille» Israels beseitigt und die syrischen Artilleriestellungen auf den Höhenzügen östlich des Genezareth-Sees befanden sich in israelischer Hand. Es war, um die Terminologie des letzten Krieges zu verwenden, ein «Blitzsieg» sondergleichen gewesen, ein totaler militärischer Erfolg.

Die Haltung der Großmächte

Israel hat seinen militärischen Sieg mit eigener Kraft errungen. Die Großmächte hatten *Wartestellung* bezogen; die Vereinigten Staaten mit deutlicher Sympathie für die Sache des bedrängten jüdischen Staates, die Sowjetunion mit *verbalen Demonstrationen* für die von ihr unterstützten und aufgerüsteten Araber. Es war auffallend, mit welcher Zurückhaltung Moskau die Ereignisse im Nahen Osten verfolgte. Selbst als Nasser in seiner verzweifelten Situation zur propagandistischen Behauptung griff, die Israeli hätten Unterstützung durch britische und amerikanische Luftstreitkräfte erhalten, war der Kreml nicht dazu zu bewegen — wie Nasser wahrscheinlich gehofft hatte —, mit massiven Drohungen analog jenen von 1956 in den Konflikt zu intervenieren. Die Sowjetunion beschränkte sich darauf, den Fall vor das Forum der Vereinigten Nationen zu tragen — eine Taktik, die indirekt den Israeli half, indem die langsame Prozedur der UNO es ihnen erlaubte, die militärisch wichtigen Ziele zu erreichen, ehe aus New York die Forderung nach Feuereinstellung erklang. Als dann die überwältigende Niederlage der Araber feststand, hat die Sowjetunion aus dem Debakel zu retten gesucht, was noch zu retten war und eine *außerordentliche Generalversammlung* der UNO verlangt, um den Arabern die notwendige Schützenhilfe zu leisten. Eine große Redeschlacht in New York zeichnet sich ab, Gipfelgespräche in Washington werden vorbereitet, die, falls sie zustande kommen, Aufschluß geben werden, wie weit Moskau in der Unterstützung seiner arabischen Freunde zu gehen bereit ist.

Auswirkungen

Die Vereinigten Nationen werden sich Rechenschaft darüber geben müssen, daß die machtpolitische Konstellation im Nahen Osten seit dem israelischen Sieg eine völlig andere geworden ist. Darüber können auch die pathetischsten Erklärungen

arabischer Führer nicht hinwegtäuschen, die behaupten, daß nur eine Schlacht verloren sei, der Krieg aber weitergehe. Die UNO wird sich klar darüber werden müssen, daß ihre Politik im Nahen Osten einen Rückschlag erlitten hat, der nicht so leicht rasch wieder verwunden werden kann. Die Weltorganisation hat ihre friedenssicheren Truppen in einem Augenblick überstürzt und ohne sichtbare Notwendigkeit aus einem Krisengebiet abgezogen, als der Friede ernstlich bedroht war. Die UNO hat es zugelassen, daß das Staatsoberhaupt eines ihrer Mitglieder Vernichtungsdrohungen gegen ein anderes Mitglied ausstoßen konnte, ohne daß auch nur ein Wort des Protestes laut geworden wäre. Die UNO hat schließlich indirekt mitgeholfen, das Palästina-Problem zu verewigen, indem durch die UNRWA zwei Jahrzehnte lang die arabischen Flüchtlinge alimentiert wurden, die in Lagern längs der israelischen Grenze von den Arabern als künftige *Stoßtruppe der Revanche* gegen Israel in Bereitschaft gehalten worden sind, und kaum Anstrengungen unternommen wurden, diese Vertriebenen in ihre neue Heimat einzugliedern.

Eines freilich hat dieser Krieg nicht erreicht, und es ist zweifelhaft, ob es in den kommenden diplomatischen Auseinandersetzungen erreicht wird: Eine grundlegende Änderung in der Einstellung der arabischen Länder gegenüber Israel zeichnet sich bisher nirgends ab. Obwohl das Land nunmehr in drei Kriegen seine Existenzberechtigung demonstriert und gezeigt hat, daß seine Bevölkerung willens ist, die in den letzten Jahrzehnten geleistete Aufbuarbeit zu verteidigen, sind die arabischen Länder weit davon entfernt, die Hand zu einer Anerkennung Israels und zu einem endgültigen *Friedensschluß* zu reichen, der für Israel wichtiger ist als irgendwelche territorialen Gewinne. Es bleibt die Hoffnung, daß auch innerhalb der arabischen Länder nach dem Abebben der aufgewühlten Emotionen sich die Erkenntnis durchsetzt, in welche Katastrophe die Politik ihrer Führer sie manövriert hat. Nasser ist es mit dem Trick seiner

angeblichen Rücktrittsbereitschaft gelungen, noch einmal die Massen der arabischen Nationalisten zu mobilisieren und seine Position zu halten. Daß eine solche vernichtende Niederlage sich langfristig jedoch fast zwangsläufig gegen die Führer auswirken wird, die sie verschuldet haben, beweist das ägyptische Beispiel von 1948/49 — knapp vier Jahre später wurde das korrupte Regime König Faruks von einer

Gruppe von Offizieren beseitigt, die das Debakel ihrer Armee gegen das kleine Israel nicht verwinden konnten. Die Parallele ist zwingend und wird wohl auch Nasser, der damals selber einer der Führer der Militärverschwörung war, Anlaß geben, seine künftige Politik am Maßstab der seinerzeitigen Entwicklung zu messen.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Beispielhaft

Als am 5. Juni die Nachricht vom Kriegsausbruch im Nahen Osten die Runde machte, wandten sich in unserem Lande die Herzen in seltener Einmütigkeit dem Volke Israels zu. War es wirklich so weit, daß die Araber unter einem Führer faschistischen Zuschnitts zu dem von ihnen lauthals angekündigten Völkermord schritten? War es wirklich möglich, daß eine solche Drohung unter den Augen der Großmächte und der Vereinigten Nationen straflos ausgeführt werden konnte? Die Israeli ent hoben die Großmächte wie die UN einer Antwort, indem sie ein militärisches Wunder vollbrachten. Werden sie auch das politische Wunder einer langfristigen Friedenssicherung vollbringen können? Das wird schwer sein und womöglich noch mehr Mut und Durchhalte willen erheischen als der Kampf mit den Waffen.

Bleiben aber wird in jedem Fall die leuchtende Spur eines Kampfes um Leben und Freiheit, wie er seinesgleichen sucht. Bleiben wird der strahlende Glanz eines Sieges, den ein zahlenmäßig weit unterlegenes Volk gegen großsprecherische Diktatoren dank seiner Kampfmoral und militärischen Tüchtigkeit errungen hat. Bleiben wird das mahnende Beispiel eines kleinen Landes, das sich seit Jahr und Tag gegen größte Widerwärtigkeiten behauptet und schließlich auch noch die Kraft zu

einem entscheidenden Schlag gegen seine Feinde aufgebracht hat.

Als Schweizer hat man sich in diesen dramatischen Junitagen beschämt darauf besonnen, wie klein sich unsere Sorgen doch ausnehmen gegenüber einem solchen fortwährenden Existenzkampf — Sorgen, die wir kunstfertig zu einem «Malaise» aufgebauscht haben, das seine stärksten Wurzeln doch wohl weniger in den wirklich vorliegenden Problemen, als vielmehr im Kleinmut hat, mit dem wir ihnen begegnen.

Die Schweiz und die Vereinigten Nationen

Die Ereignisse im Nahen Osten lassen aber auch praktische Fragen der Politik in teilweise neuem Lichte erscheinen. Die Diskussion über einen allfälligen Beitritt der Schweiz zu den UN hat zum Beispiel neue Akzente erhalten. Das Schicksal der Blauhelme im Gazastreifen und am Golf von Akaba, die als «friedenserhaltende Truppen» auf einen bloßen Wink des ägyptischen Diktators das Feld räumten und damit zu einem neuen Symbol der Ohnmacht der UN wurden, zeigt aufs deutlichste, wie problematisch die «kollektive Friedenssicherung» nach wie vor ist. Die Befürworter einer aktiven schweizerischen Beteiligung an solchen Aktionen werden ihre Haltung nach diesen Erfahrungen neu

überprüfen müssen. Die Entwicklung im Nahen Osten hat darüber hinaus aufs neue gezeigt, daß die Mitgliedschaft bei den Vereinigten Nationen für einen Kleinstaat keine wirkliche Sicherheit zu bieten vermag. Seine Existenz hängt vielmehr von seinem Stellenwert im weltpolitischen Kraftfeld und von seinen eigenen praktischen Möglichkeiten der Selbstbehauptung ab.

Diese Überlegungen ändern allerdings nichts an der Tatsache, daß das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinigten Nationen weiter überprüft werden muß. In diese Richtung zielen zwei Vorstöße im Nationalrat, die in der zweiten Woche der Junisession bei der Behandlung des Geschäftsberichts des Politischen Departements eingebracht wurden. Ein Postulat Bretscher (Zürich) und eine Interpellation Schmitt (Genf) ersuchten den Bundesrat, den eidgenössischen Räten in nächster Zeit ausführlich über die Beziehungen zu den UN Bericht zu erstatten und sich im besonderen auch über die Aussichten und Möglichkeiten eines Beitritts unseres Landes zu der Organisation der Vereinigten Nationen unter Wahrung unseres Neutralitätsstatuts zu äußern, wie es im Text des Postulats heißt. In der anschließenden Debatte wurde deutlich, wie schwer es sein wird, hier zu einer gültigen Linie zu kommen, da einigen positiven Stellungnahmen andere entgegenstanden, die aus der Skepsis gegenüber den UN kein Hehl machten. Um so wertvoller wird eine vom Bundesrat nunmehr in Aussicht gestellte umfassende Berichterstattung sein, die der notwendigen öffentlichen Diskussion einen sachlich zuverlässigen Boden geben wird.

Regierungssystem im Prüfstand

Die Behandlung des Geschäftsberichts des Bundesrates durch die eidgenössischen Räte ist auch sonst interessanter verlaufen, als zum vornehmesten zu erwarten gewesen wäre. Immer wieder rückte dabei die Frage in den Vordergrund, wie die Regierungstätigkeit verbessert werden könnte. Der

Ständerat diskutierte Möglichkeiten einer Entlastung des Bundesrates von Verwaltungsaufgaben. Dabei wurde geradezu die Entwicklung eines neuen Führungsstils gefordert. Der Bundeskanzlei ist in diesem Konzept die Rolle eines eigentlichen Führungsorgans des Bundesrates zugeschrieben. Auch die Koordination innerhalb der Departemente soll verbessert werden. Ferner wird der Ausbau des Informationswesens angestrebt.

Im Nationalrat stand ein Postulat zur Debatte, das auf ein Mitspracherecht der eidgenössischen Räte bei der Departementszuteilung im Bundesrat abzielte. Anlaß zu diesem Vorstoß hatte der Beschuß des Bundesrates geboten, nach dem Rücktritt Bundesrat Chaudets das Militärdepartement dem Finanzfachmann Celio zuzuweisen. Der Bundesrat empfahl dem Parlament, das Postulat abzulehnen. Er berief sich dabei auf das Kollegialsystem, das nicht auf die Ernennung von «Fachministern» ausgerichtet sei, sowie auf die Gefahr einer Kompetenzverschiebung zwischen den Gewalten. Außerdem wurde der Einwand erhoben, daß das Parlament wohl kaum in der Lage wäre, wirklich eine bessere Departementsverteilung zu garantieren. Der Nationalrat beschloß darauf mit großer Mehrheit, das Postulat nicht zu überweisen.

Staatspolitische Bestandesaufnahme

Das Problem einer Verbesserung der Regierungsarbeit bleibt bestehen. Doch ist es fraglich, ob sie durch bloße Einzelreformen erreicht werden kann. Es ist ja gerade der Hauptgedanke der Bewegung für eine Revision der Bundesverfassung, weiteres Flickwerk zu vermeiden, indem das Regierungssystem mit seinen Institutionen einer Gesamtüberprüfung unterzogen werden soll. Diese staatspolitische Bestandesaufnahme nimmt nun deutlicher Gestalt an. Am 19. Mai erstattete der Bundesrat der Öffentlichkeit Bericht über das Vorgehen beim Vollzug der Motionen Obrecht und Dürrenmatt, die eine Vorbereitung der

Totalrevision anstreben. Zunächst geht ein neunköpfiges Gremium daran, erste Empfehlungen auszuarbeiten. Es besteht aus je zwei Politikern, Staatsrechtslehrern, kantonalen Chefbeamten und Rechtsanwälten sowie einem Bundesrichter. Später soll es durch eine größere Kommission abgelöst werden, in der alle Kreise des Volkes und die kantonalen Regierungen vertreten sein sollen und die auch einen allfälligen Vorentwurf für die Totalrevision auszuarbeiten hätte.

Die vom Bundesrat getroffene Lösung läßt sich durchaus rechtfertigen. Mit alt Bundesrat Wahlen ist auch ein Präsident für das erste Gremium gewonnen worden, der über ein unbestrittenes persönliches Ansehen verfügt. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß in der Arbeitsgruppe jene überwiegen, welche die Realisierbarkeit einer Totalrevision eher skeptisch beurteilen. Vorläufig geht es indessen gar nicht darum, die grundsätzliche Frage «Große Revision — Ja oder Nein?» zu entscheiden. Zunächst handelt es sich einmal um die Vorbereitung der umfassenden Bestandsaufnahme, über deren Zweckmäßigkeit doch wohl keinerlei Zweifel bestehen. Sie wird allerdings nur dann zu brauchbaren Ergebnissen führen, wenn es dem beauftragten Gremium gelingt, weitere politische und wissenschaftliche Kreise zur aktiven Mitarbeit zu gewinnen.

Erleichterung im Jura

Mit der Verhaftung des jurassischen Terroristen Marcel Boillat, die am 9. Juni in Spanien erfolgte, hat ein nicht ungefährliches Intermezzo in der nach wie vor schwelenden Jurakrise sein Ende gefunden. Boillat war wegen Brandstiftungen und Sprengstoffanschlägen zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden. In der Nacht auf den 19. Februar gelang ihm die Flucht aus der Walliser Strafanstalt Crêtelongue. Danach trieb er sein Unwesen, indem er zahlreiche Drohbriefe versandte. Da diese Tätigkeit mit einer Häufung von Terroranschlägen in der Waadt zusammenfiel, machten sich Angst und Unsicherheit breit.

Das führte im Jura zur Gründung von antiseparatistischen «Bürgergarden» zum Schutze von Leib und Gut.

Die mit diesen Vorgängen verbundene Steigerung der Spannungen war nicht dazu angetan, das Verhandlungsklima im Jura zu verbessern — und dies in einem Augenblick, da sich eine Arbeitsgruppe anschickt, eine umfassende Erkundungsmission zu erfüllen, um die Grundlage für konstruktive Lösungsvorschläge zu schaffen. Um so größer war die Erleichterung, als die Nachricht von der Verhaftung Boillats eintraf. Die antiseparatistische Union der jurassischen Patrioten löste daraufhin ihre Bürgergarden sofort auf. Es ist zu hoffen, daß damit auch die in letzter Zeit verschärzte Spannung wieder abklingt.

Wahlen in Luzern

Nachdem die Luzerner Großratswahlen vom 7. Mai dieses Jahres zu einer Art gesamtschweizerischen Testfalls in bezug auf die Wahlchancen im Vorfeld der Nationalratswahlen geworden waren, wandten sich die Blicke der politischen Auguren am zweiten Juniwochenende erneut in die Innerschweiz. Diesmal galt es, im Kanton Luzern die Gemeindebehörden zu bestellen. Dabei konzentrierte sich das Interesse vor allem auf zwei Punkte. Einerseits ging es in der Kantonshauptstadt darum, ob die Liberalen ihr zur Tradition gewordenes Stadtpräsidentschaftsmandat erfolgreich verteidigen könnten. Andererseits stellte man sich allgemein die Frage, wie weit es dem Landesring der Unabhängigen gelingen werde, sich den am 7. Mai in geradezu sensationellem Ausmaße gewonnenen Boden zu wahren.

Der Kampf um die Stadtpräidentschaft zwischen dem liberalen Nationalrat Dr. Hans Rudolf Meyer und dem konservativen Stadtrat Dr. Carl Mugglin wurde mit einer Härte und einem Aufwand geführt, der selbst für Luzerner Verhältnisse außerordentlich war. Dabei stach vor allem das Überhandnehmen von amerikanischen Propagandamethoden in die Augen. Sieger blieb schließlich der liberale Kandidat.

Die Testfrage, ob der Landesring seinen früheren Erfolg stabilisieren oder gar weiter ausdehnen könne, wurde vom Wähler so beantwortet, daß eine schlüssige Interpretation nicht leicht fällt. Zwar gewann der Landesring auch hier Mandate, aber nicht in dem Ausmaße wie am 7. Mai bei den Großratswahlen. Für diesen relativen Rückschlag bieten sich verschiedene Erklärungsversuche an. Zunächst einmal mobilisierte die Kampfwahl in der Hauptstadt sicherlich alle Reserven der traditionellen Parteien. Zum zweiten mag die internationale Krise den Drang zur Demonstration grundsätzlicher Opposition etwas gedämpft haben. Und schließlich haben die überraschenden Ergebnisse der Großratswahlen wohl da und dort zu einer Kopfklärung geführt, die sich nun in einer Verbesserung der Positionen der bürgerlichen Parteien niedergeschlagen haben dürfte.

Kein Frauenstimmrecht im Kanton Schaffhausen

Am 28. Mai richteten sich die Blicke der Anhänger eines integralen Frauenstimm-

rechts auf Schaffhausen. Würde der Schaffhauser Souverän die Zürcher, die im vergangenen November nochmals nein gesagt, oder die Glarner, die am ersten Maisonntag überraschend die Einführung wenigstens des partiellen Stimmrechts bejaht hatten, zum Vorbild nehmen? Das war die Frage. Es zeigte sich dann, daß das Beispiel des großen Nachbarkantons schwerer wog. Wie in Zürich wurde zwar eine gewichtige Zunahme der Ja-Stimmen gegenüber dem eidgenössischen Wahlgang von 1959 registriert; wie dort war aber der Vormarsch in städtischen Verhältnissen nicht stark genug, um die immer noch ausgeprägte Zurückhaltung der Landschaft auszugleichen. Die Kantonshauptstadt nahm ganz knapp an, Neuhausen etwas deutlicher; alle übrigen 32 Gemeinden verwarfen, wenn auch teilweise nur noch mit geringer Differenz. Der Trend ist indessen eindeutig. Jedermann ist sich im klaren darüber, daß ein nächster, gut und nicht zu hastig vorbereiteter Vorstoß für das Frauenstimmrecht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum Erfolg führen wird.

Spectator

OST-WEST-GESPRÄCH ÜBER TEILHARD DE CHARDIN

Die Aufmerksamkeit, die Marxisten in Ost- und Westeuropa der Gedankenwelt Teilhard de Chardins widmen, läßt erkennen, daß im Streben nach Verwirklichung einer menschenwürdigen Zukunft des christozentrisch orientierten Jesuitenpeters und mancher Theoretiker des Kommunismus gemeinsame Züge liegen müssen. Das Gemeinsame, aber auch das grundsätzlich Unterschiedliche dieser beiden Weltbilder herauszustellen, setzte sich die «Gesellschaft der Freunde Teilhard de Chardins in Freiburg i. Br.» kürzlich zur Aufgabe, indem sie Referenten aus dem östlichen

und westlichen Europa zu einer Tagung über «Teilhard de Chardin und die Zukunft des Menschen» einlud.

Die Wichtigkeit einer solchen Aussprache im Geiste Teilhards, der auch Gegensätzliches zu umspannen fähig ist, hob der Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, Dr. Eugen Keidel, hervor, der die Tagung mit einem Empfang im Rathaus eröffnete.

Die Ehrung galt einem Mann, der sein ganzes Leben für die Verständigung der Menschen untereinander eingesetzt hatte. Teilhard, der kein Illusionist war, litt sogar

unter den Schwierigkeiten, die sich in der inneren und äußeren Zerrissenheit der Menschen einer sozialen und geistigen Versöhnung entgegenstellten, doch er war auf Grund eigener Erfahrung überzeugt, daß ein Dialog immer wieder möglich und fruchtbar werden kann. Sein Wort: «Alles was steigt, konvergiert», das als Motto über die Tagung gesetzt wurde, soll eine Aufforderung an die Gesprächspartner bedeuten, unablässig bemüht zu sein, den eigenen Standpunkt zu überhöhen und sich auf einer höheren geistigen Ebene für den anderen zu öffnen.

Dabei dürfen die Unterschiede nicht verwischt werden, betonte Dr. *Wilhelm Kunz*, Präsident der Freiburger Teilhard-Gesellschaft und Veranstalter der Tagung, in seiner Einführung. Erst wenn die Grenzen klar umrissen sind, kann man versuchen, auch das Gegensätzliche zu überbrücken. Im Sinne des Papstes Johannes XXIII. soll aber das Verbindende und nicht das Trennende im Vordergrund stehen. — Verbindend unter Christen und Marxisten ist das humane Ideal, führte *Nicolae Tertulian*, Bukarest, aus, der von Romain Rollands Humanismus ausgehend aufzuzeigen versuchte, daß der moderne Humanismus keine Verflüchtigung menschlicher Grundwerte nach sich zu ziehen braucht, wie es im Humanismus der Renaissance vielfach der Fall war. — Die Aufgaben, die für die praktische Verwirklichung des humanen Ideals in einer sozial eingestellten Gesellschaft entstehen, analysierte *Artur Saternus*, Paris, auf die Gefahren hinweisend, die bei der Massenbildung (durch Kommunikationsmittel) oder Massenorganisation (Sozialverband, Gewerkschaft) für den Einzelnen erwachsen können.

Die Situation der Gegenwart ist zwar bestimmd für die Zukunft, griff nun Dr. *Zádor Tordai*, Budapest, das zentrale Thema der Tagung auf, doch sie determiniert sie nicht vollständig. Wie auch Teilhard für die freie Gestaltung der Zukunft nur ein Bündel von Möglichkeiten offen sieht, deren Richtung durch die Evolution in groben Zügen festgelegt ist, läßt auch der Marxismus, wenigstens in Tor-

dais auffallend unorthodoxer Interpretation, die Dialektik zwischen Determinismus und Freiheit zu. Entscheidend für die Zukunft ist jedoch auch die Vision einer noch zu realisierenden höheren Gesellschaft, deren Struktur Tordai mit Hilfe von Zitaten aus Papst Pauls VI. Sozialencyklika umriß. — Die Analyse des christlichen Zukunftsbildes im Referat des Jesuitenpeters Prof. *Alvarez-Bolado*, Barcelona, verdeutlichte dann den fundamentalen Unterschied zur marxistischen Auffassung. Weltverständnis des Menschen ist immer schon Zukunftsverständnis. Die Welt ist aber nicht durch die Gesellschaft oder durch das Menschsein abgegrenzt, sondern in die Welt ragt auch das Göttliche hinein, nämlich durch das Erlösungswerk Christi. Die Zukunft übersteigt also den Menschen, denn sie wurzelt im Göttlichen. Oder, wie es anschließend der Theologe Prof. *Jesus Aguirre*, Madrid, in seiner kühnen Auslegung pointiert formulierte: nicht der Mensch hat die Zukunft, sondern die Zukunft den Menschen. Diese Einsicht entspringt aus der Konfrontation mit dem unbegreifbaren, unerreichbaren Gott, der sich jeder Namengebung entzog und sich nannte: «Ich bin, der ich werde.» — Daß der Tod nicht nur zum Leben, sondern auch zur Zukunft im dialektischen Verhältnis steht, zeigte Prof. *Ferdinando Ormea*, Rom, an Hand von Teilhards Gedanken der Metamorphose auf.

Eher von christlicher als marxistischer Sicht aus untersuchte Dr. *Tadeusz Pluzanski*, Warschau, die Bedeutung der Einzigartigkeit der Person, die ihr auch in einer sozialistischen Gesellschaft zukommen muß.

Teilhards Auffassung nach muß sich der Einzelne der Gemeinschaft öffnen, damit er seine Persönlichkeit voll entfalten kann. Der Mensch stellt einen Knotenpunkt personhafter Beziehungen in der Welt dar, darum ist er unersetzlich. Er ist ein Zentrum kraft seiner Liebesfähigkeit. Die Liebe ist eine geistige Potenz, die dem Menschen ermöglicht, an der Grundkraft der Evolution zu partizipieren. Die volle Entfaltung der Liebesfähigkeit setzt

die Sublimierung des Weiblichen im Universum voraus. Einmalig ist der Mensch aber auch, weil er als einziges Wesen sich Gott aufschließen kann. Seine Fähigkeit zur Liebe, zum bewußten Leiden und zur Anbetung, ermöglicht ihm zu vergeistigen. Vergeistigung bedeutet jedoch, das Göttliche in der Welt zu verwirklichen, den Kosmischen Christus zu vollenden.

Anregende Podiumsgespräche und Aussprachen mit der sehr zahlreich erschienenen Hörerschaft trugen zur Klärung der

aufgeworfenen Probleme bei. Prof. *Kurt Goerttler*, Freiburg, konnte in seiner abschließenden Zusammenfassung zu Recht behaupten, daß ein echter Dialog zustande gekommen war, der — wie es Prof. Ormea in seinem Schlußwort sagte — Wesentliches zur Verständigung Verschieden-denkender und vielleicht sogar ein Steinchen zum Frieden beitrug.

Alexander Gosztonyi

ZUM VIERTEN MALE EIN INDUSTRIEKURS FÜR PFARRER

Die Schweizerische Industrie-Gesellschaft (SIG) in Neuhausen am Rheinfall hat sich einer Gruppe von Pfarrern ihres Einzugsgebietes geöffnet, um während einer Woche (25. Mai bis 2. Juni) am Leben der Fabrik teilzunehmen. So haben sich 12 reformierte und 8 katholische Geistliche dieser Aufgabe gewidmet. Es ging nicht etwa um eine sogenannte Schnupperlehre, auch wenn sich die Teilnehmer für zwei Tage ins Überkleid begaben und — wie sie es etwa beim Mittagessen in der Kantine vernahmen — «verkleidete Arbeiter» wurden. Es ging im Grunde um ein möglichst ausgedehntes Gespräch rund um den Arbeitsplatz.

Bei der vielen, zum Teil unsachlichen Kritik, der die Kirchen heute ausgesetzt sind, wird meistens über Zäune und Räume hinweggesprochen. Diesmal sollte der Zaun fallen und der Raum gemeinsam sein. Die Fabrik bietet dazu eine Gesprächserleichterung, muß doch der Ansprochene, sei er Arbeiter, Angestellter oder Vorgesetzter, seinen angestammten Ort nicht verlassen und ist der ihn aufsuchende Pfarrer zunächst der Lernende und Fragende. Wer den Aufbau und die Lebensweise der Industrie nicht versteht, wird wohl die Menschen, die darin arbei-

ten, auch nicht verstehen. Ihr Denken, Fühlen und Sprechen wird täglich geprägt von der Organisation, in die sie hineingestellt sind. Und deshalb begaben sich die Pfarrer in die Fabrik.

Die SIG ist eine vertikal gegliederte Firma. Waggonbau, Verpackungsmaschinen, Waffenfabrik, Industriefahrzeuge, Holzbearbeitung, das alles vollzieht sich in weitgehend selbstständig organisierten Unterfabriken. Die Pfarrer, die zu einem Praktikumstag in den Fabriken aufgeteilt waren, konnten somit vielfältigste Arbeiten studieren und vergleichen. Ihr größtes Erlebnis war wohl das bereitwillige Entgegenkommen, mit dem sie überall zugelassen und ins Gespräch gezogen wurden. Es konnte damit nicht ausbleiben, daß sie sehr bald die Gegenwartsprobleme der Belegschaft vernahmen. Die neuen Arbeitsmethoden im rationalisierten Betrieb haben die alte zweischichtige Struktur verwischt. Arbeiter und Angestellte lassen sich nicht mehr so leicht in zwei Lager scheiden. Über kurz oder lang wird wohl auch der Monatslohn für alle Einzug halten. Was wird aber diese Entwicklung für die gewerkschaftliche Arbeit, für die Pensionskassenregelung, für das Prestigedenken, das schon so lange die beiden Schichten getrennt hat, zur Folge

haben? Die Gespräche drängten denn auch in diese Richtung.

Die Gewerkschaften legten uns ihre Sorgen vor. Kaum die Hälfte der Belegschaft ist heute noch organisiert. Grenzgänger, Fremdarbeiter und nicht wenige unter den jugendlichen Arbeitern halten Distanz und wollen keine Mitgliederbeiträge bezahlen. Sie vergessen, daß das Friedensabkommen in der Metallindustrie mit einem gewerkschaftlichen Partner abgeschlossen wurde. Sollte dieser Partner verschwinden, würde dieses Abkommen, das der Schweiz Streik und Aussperrungen erspart hat, auch dahinfallen. Die Gewerkschaften bemühen sich deshalb um einen Solidaritätsbeitrag, durch den sie ihre Arbeit zur grundlegenden Institution im betrieblichen Zusammenwirken erheben möchten. Ob dadurch nicht die Koalitionsfreiheit und die Selbständigkeit der Opposition gefährdet sei, wollten die Pfarrer wissen, die zudem fanden, das bisher erreichte Mitspracherecht sollte sich noch etwas energerisch zum Mitbestimmungsrecht erweitern.

Die Vertreter der Angestellten, einer von der angelernten Daktylo bis zum akademisch geschulten Ingenieur reichenden Gruppe, legten dar, wie sehr durch die allgemeine Nivellierung der Arbeitnehmer Gutes und Problematisches zusammenfließen. Denn Verantwortung und Anforderung in der Arbeit läßt sich nicht einebnen. Über die Verantwortung in der Arbeit entwickelte sich besonders mit den Ingenieuren ein eingehendes Gespräch. Der Schöpfer des TEE-Zuges legte dar, welche Folgen etwa eine Zugsentgleisung haben kann,

wenn sie auf einem technischen Fehler beruht. Bei der Behebung des Fehlers wie bei der Konstruktion zeigt sich, daß der Techniker ein verschärftes Gewissen benötigt.

Überhaupt zeigte sich den Pfarrern, wie stark moralische Kategorien auch von einem industriellen Gebilde her an seine Mitarbeiter herantreten. Die Liste von Bewertungen, die etwa ein Meister an einem Lehrling vorzunehmen hat, reicht von «ehrlich, freundlich, sauber» — bis hin zu «faul, unzuverlässig und unverträglich». Die Persönlichkeitsbewertung, die sich an die Arbeitsplatzbewertung für Arbeiter anschließt, entlöhnt und fördert jene Charaktereigenschaften, die dem ungestörten Produzieren behilflich sind. So befindet sich denn der industrielle Mensch in einer stark moralisierenden Welt. Doch die Moral ist zweckbestimmt. Sie dient dem Funktionieren des Ganzen. Und unwillkürlich sucht man nach den Schatten, die sie wirft. Das Klingelzeichen, das zur Mittagspause ruft, löst eine Flucht aus. Das Werkzeug fällt, die Arbeit ist im Rücken, und das *eigene* Leben beginnt wieder. Und dieses muß kompensieren, was der Arbeitstag vermissen ließ.

Indem durch die Pfarrer ein betriebsfremdes Element durch die Arbeit und ihren Alltag zog, wurde vielleicht bewußt, daß noch eine andere Zweiteilung als diejenige in Arbeiter und Angestellte der Auflösung entgegengeht, nämlich diejenige zwischen außer- und innerbetrieblicher Welt, zwischen Kirche und Industrie, zwischen Arbeit und Freizeit, einfach deshalb, weil der Mensch sich im Grunde nicht teilen läßt.

Theodor Dieterle